

# Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Umlage Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)  
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 35

Freitag, den 11. Februar 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des  
1.) Rittergutes Schwosdorf,  
2.) Bäckermeisters Michael Scholze in Rosenthal Nr. 28,  
ist erloschen. Die Bestimmungen, durch die für die vorliegenden Fälle Sperr- und Beobach-  
tungsgebiet gebildet worden sind, treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 9. Februar 1927.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 214, die Firma **Ferdinand Kösen**  
in **Großröhrsdorf** betreffend, eingetragen worden: Die Gesellschafter **Laura Vidby**  
verw. **Kösen** geb. **Hause**, **Richard Otto Kösen**, **Amalia Erna Kösen**, sämtlich in  
Großröhrsdorf, sind ausgeschlossen.

Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Amtsgericht Pulsnitz, am 10. Februar 1927.

## Das Wichtigste

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind wieder ein-  
mal ins Stocken geraten.  
In Portugal fanden heftige Kämpfe um Lissabon statt.  
In Paris spricht man von einer Konferenz der Locarno-Mächte in  
San Remo.  
Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde über die Ehegesetzs-  
reform beraten.  
In Bartoldsdorf verbrannte eine Mutter ihr Kind und sich selbst.  
Präsident Coolidge teilte gestern dem Kongress mit, daß die ameri-  
kanische Regierung in Tokio, London, Paris und Rom ein  
Memorandum haben überreichen lassen, indem um die Einberu-  
fung einer Seerentwaffnungskonferenz gebeten wird. Zur Be-  
gründung führt Coolidge an, daß die Genfer Besprechungen keine  
positiven Formen annehmen. Es müsse gefordert werden, daß  
eine wirkliche Entwaffnungskonferenz zustande komme.  
Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichten, hat der Verband  
der Metallindustriellen im Bezirke Leipzig die Aussperrung der  
streikenden 25 000 Arbeiter verfügt, nach dem am Donnerstag  
Mittag das den Streikenden gestellte Ultimatum, die Arbeit  
wieder aufzunehmen, abgelehnt war, ohne daß die Arbeiter in  
die Betriebe zurückgekehrt sind.  
Wie die Berliner Morgenblätter aus Warschau melden, hatte in  
einem Dorfe des Wilnagobietes ein Bauer zur Hochzeit Schnaps  
von einem illegalen Händler gekauft und dabei offenbar We-  
thylalkohol erhalten. Am Tage nach der Hochzeit starben  
13 Gäste und weitere 12 liegen hoffnungslos darnieder. Die  
übrigen Gäste sind mit einer leichten Erkrankung davongeko-  
mmen.  
Wie aus Oslo gemeldet wird, ging gestern bei Oberhalla in West-  
norwegen die Minensprengung zur Durchtunnelung eines Berges  
verfehlt los. 3 Arbeiter wurden von den Gesteinsmassen ver-  
schüttet. Nur 4 konnten lebend geborgen werden.

## Der Kampf in China.

Die Truppen der Kantonarmee ziehen in langen Zügen  
von Süden nach Norden. Auf den breiten Straßen des  
Südens erblickt man die wandernden Gestalten  
chinesischer Soldaten, die so oft in einer Art watiertem  
Wandel strecken und unförmlich dick dadurch erscheinen. Da-  
zwischen fahren Batterien, rollt der Troß dahin, nicht in der  
Ordnung, die wir gewöhnt sind; sind doch die Angeworbenen  
häufig Kulis, kaum ausgebildete Soldaten, die die Hoffnung  
auf irgendwelche Beute vorwärts treibt.  
Die Situation in China hat sich in den letzten Monaten  
wichtig verändert. Es ist noch nicht lange her, da tritt eine  
Reihe von Generalen um die Macht: Schanghsolin, der Be-  
herrscher der Mandchurei, der christliche General und Sowjet-  
anhänger Feng, der zeitweise Peking zu seiner Zone rechnen  
konnte, Wupeifu, mächtig in den Mittelprovinzen, Sun in  
Schanghai, dazu kam die Kantonregierung, deren Anhänger  
gleich Fung auf Moskau hören.  
Heute sind von allen Widersachern zwei Gruppen übrig-  
geblieben. Wupeifu und Sun haben sich Schanghsolin an-  
geschlossen, um gemeinsam den Kampf gegen den Süden zu  
führen. Der Marschall Fung, der längere Wochen hindurch  
eine bedrohliche Planktenstellung gegen die Nordarmee ein-  
nahm, scheint zurzeit keine Rolle mehr zu spielen. Um so  
größeren Erfolg hatte die Kantonarmee. Sie ging in der  
Richtung Schanghai vor und schlug den General Sun in  
mehreren Schlachten. Anteil an den Erfolgen hat vor allem  
der Russe Borodin, der Berater der Kanton-Hankau-Regie-  
rung. In diesen Tagen scheint ein Umschwung bevorzu-  
stehen. Wie verlautet, hat General Sun, unterstützt von  
Schang, Chuchlu, eine wichtige Stadt in der Heilangprovinz,  
etwa 280 englische Meilen südlich von Schanghai, über-  
nehmend genommen; es heißt, die geschlagenen Kantontruppen  
zögen sich auf die Kiangtse zurück.  
Schärfer als noch vor kurzer Zeit entwickelt sich der  
Streit der Großmächte um den Einfluß im chinesischen Krieg.  
Es sind besonders Rußland und England, die sich gegenseitig  
befechten. Schon zur Zeiten der Unstimmigkeiten,  
die aber immer wieder beigelegt wurden. Es handelt sich  
hierbei nicht um China allein, sondern um den Kreis der  
Staaten, die südlich des russischen Reiches liegen, um Persien,  
Afghanistan, Indien und China. Japan und Amerika haben  
sich uninteressierter gezeigt, ein Zeichen übrigens für einen

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen stoßen schon wieder

Frankreich verlangt freie Weineinfuhr nach Deutschland

Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Oberschlesien — Polnische Rechtfertigungs-  
versuche — Die neue Fernsprechnordnung — Der Aufstand in Lissabon niedergeschlagen

Die mehr als zwei Jahre währenden Verhandlungen  
mit Frankreich über Abschluß eines Handelsvertrages sind  
wieder einmal zum Stillstand gekommen. Der neue franzö-  
sische Zolltarif, der die Grundlage dieser Abschlußverhand-  
lungen bilden soll, konnte bisher von der französischen Re-  
gierung nicht vorgelegt werden, und nun sind unsere Unter-  
händler, wie so oft, damit vertrödet worden, daß dieser Zoll-  
tarif in den nächsten Tagen der französischen Kammer vor-  
gelegt werden würde.

Da am 21. d. M. das vorläufige deutsch-französische  
Handelsprotokoll abläuft, so hat die Reichsregierung am  
verflossenen Montag eine abermalige dreimonatige Ver-  
längerung dieses Protokolls in Paris angeboten. Die  
französische Regierung hat jedoch dieses Angebot nur als an-  
nehmbar erklärt, wenn deutscherseits die französische  
Weineinfuhr gleichfalls in das Protokoll aufgenommen  
werde. Ein derartiges Zu-  
geständnis kann natürlich von Deutschland unmöglich  
gegeben werden, und so ist denn damit zu rechnen, daß bei  
einem weiteren Verharren der französischen Regierung auf  
ihrem Standpunkte mit einem vertragslosen Zu-  
stande gerechnet werden muß. Wenn eine Verständigung  
nicht erzielt werden sollte, so würde die Schuld lediglich  
der französischen Seite zufallen.

Die Auslassung die Schuld an der deutsch-polnischen Ver-  
handlungsstille von sich abzuwälzen. Gegenüber den  
verschiedenen polnischen Äußerungen betont man in Ber-  
liner diplomatischen Kreisen, daß es selbstverständlich de-  
placiert gewesen wäre, die letzte vorgesehene Sitzung unter  
den gegenwärtigen Umständen abzuhalten. Es trifft zu, daß  
Ende vorigen Jahres in den Verhandlungen eine ge-  
wisse Annäherung erfolgt war. Dagegen hat Polen  
bis heute noch nicht auf den Grundsatz verzichtet, mit Deutsch-  
land zu treffenden Vereinbarungen durch die inner-  
polnische Gesetzgebung zu ändern. Ein Abbruch  
der Verhandlungen würde für die deutsche Wirtschaft keinen  
gegenüber dem bestehenden, neuen Zustand schaffen, da be-  
kanntlich zwischen beiden Ländern immer noch der Wirt-  
schaftskrieg besteht. Man betont ferner, daß man sich  
in Deutschland über das, was eventuell in den Verhand-  
lungen hätte erreicht werden können, keine Illusionen machen  
dürfe. Die protektionistische polnische Handelspolitik ist be-  
sonders in letzter Zeit darauf ausgegangen, die deutsche  
Wareneinfuhr nach Polen mit allen Mitteln zu  
verhindern.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß Verhand-  
lungen über die polnische Ausweisungspolitik im Zusam-  
hang mit den Niederlassungsverhandlungen schon seit Wochen  
gepflogen werden und daß die Intentionen, denen die  
deutsche Demarche vom vorigen Sonnabend gefolgt ist, noch  
von dem alten Kabinett Marx stammen.

## Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Ostoberschlesien

Berlin, 10. Februar. Die Vereinigten Verbände heimattreuer  
Oberschlesier und der Deutsche Ostbund haben dem Reichskanzler sol-  
gendes Schreiben überreicht: „Die Vereinigten Verbände heimattreuer  
Oberschlesier erheben in Verbindung mit dem Deutschen Ostbund in  
größter Empörung schärfsten Einspruch gegen die jetzt wieder einsetzende  
Verfolgung und Ausweisung Deutscher aus Polen und gegen die  
ständige Brutal-Verwahrlosung der deutschen Minderheit in Polen auf  
allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie erbiten dringend sofortige  
Vorgehensmaßnahmen zum Schutze der Deutschen und ihrer kulturellen  
Einrichtungen in Polen. Es darf nicht vergessen werden, daß bereits  
rund eine Million Deutscher aus Polen vertrieben sind und in grenzen-  
loser Not im verkleinerten Deutschland ihr Dasein fristen. Die freie  
Tätigkeit auch der Reichsdeutschen in Polen muß gesichert sein, solange  
das Polentum in Deutschland sich frei betätigen darf. Ohne Nieder-  
lassungsrecht und ohne Verzicht auf Liquidationen darf kein Handels-  
vertrag mit Polen geschlossen werden.“

## Reine Zurücknahme der Deutschen-Auswei- sungen aus Ostoberschlesien

Warschau, 11. Februar. Auf Befragen eines Pressevertreters,  
ob die Ausweisung der deutschen Ingenieure aus Ostoberschlesien rück-  
gängig gemacht werde, erklärte Außenminister Zaleski, daß dies nicht  
der Fall sei, da zu einer Aufhebung des Ausweisungsbefehls jede  
gesetzliche Grundlage fehle. Außerdem habe Polen eigene Arbeitslose  
genug und schließlich seien die Ausgewiesenen keine Oberschlesier, sondern  
Reichsdeutsche.

## Die Warschauer Presse zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau, 11. Februar. Die hiesige Presse schiebt in ihren  
Kommentaren zu dem plötzlichen Abbruch der deutsch-polnischen  
Verhandlungen die ganze Schuld auf die neue deutsche Regierung. Der  
offizielle „Messager Polonais“ erklärt, daß es zu keinem Bruch ge-  
kommen wäre, wenn die deutschen Nationalisten nicht die Mehrheit in  
der Regierung hätten. Es handele sich hier nicht um die 4 Ingenieure,  
sondern um den offensichtlichen Wunsch der deutschen Regierung nach einem  
Bruch mit Polen. Die Boulevard-Presse bezeichnet die Haltung  
Deutschlands in diesem Streit als politische Phantasterei. Die polnische  
Regierung hoffe jedoch, die Handelsvertragsverhandlungen wieder fort-  
setzen zu können und der polnische Delegierte Bronzynski habe Anwei-  
sung erhalten, sich auf jeden Fall zur Rückreise nach Berlin bereit zu halten.

## Polnische Rechtfertigungsversuche.

Die polnische Regierung bemüht sich, durch eine amt-

## Der Aufstand in Portugal niedergeschlagen.

Paris. Die portugiesische Gesandtschaft teilt in  
einem aus Lissabon erhaltenen amtlichen Telegramm  
mit, daß die Revolution niedergeschlagen sei. Die  
Aufständischen hätten sich ergeben. Diejenigen, die  
sich in Lissabon im Marinearsenal verschanzt hätten,  
seien über den Tajo geflüchtet. Der Kreuzer „Carvalho  
Arvanjo“, der sich der Aufstandsbewegung angeschlossen  
haben, sei sofort durch die Batterie des Forts Anto-  
be Duque zum Schweigen gebracht worden. Er habe die  
weite Fahne gehißt. Seine Besatzung habe sich an  
Bord eines deutschen, auf dem Tajo liegenden Schiffes  
begeben.

Nach einer Meldung aus Porto haben sich die Auf-  
ständischen in Porto am 8. Februar um 9 Uhr vormit-  
tags ergeben. Eine weitere Meldung aus Lissabon,  
deren Uebermittlung verzögert wurde, gibt an, das  
Marinearsenal in Lissabon, in dem sich Marineinfanterie  
und ein Teil der republikanischen Garde befanden, hätte  
sich nach 44stündigem Angriff ergeben. Ein Flugzeug  
habe auf das Arsenal drei Bomben abgeworfen. Es soll  
zahlreiche Tote und Verletzte gegeben haben.

## Ein offenes Wort über die deutsche Abrüstung.

New York. Der britische Oberst Reddie, ein ehe-  
maliges Mitglied der alliierten Militärkontrollkommission, ist  
in New York eingetroffen und erklärte Pressevertretern, er  
hätte während seiner achtjährigen Kontrolltätigkeit in  
Deutschland festgestellt können, daß die deutsche Regierung  
trotz der großen Schwierigkeiten ihre Abrüstungsverpflichtun-  
gen ehrlich erfüllt habe. Trotzdem mag nicht jeder Buchstabe  
der Vorschriften erfüllt worden sein, es handle sich dabei um  
Forderungen, die sich überhaupt nicht er-  
füllen ließen. Er hätte die Ueberzeugung gewonnen,  
daß nach den furchtbaren Leiden, die Deutschland nach dem  
Kriege durchzumachen hatte, der größte Teil der Bevölkerung  
nicht kriegerisch gesinnt sei.

